

ganisationsform bestehen, kann nicht allein pädagogisch begründet werden. Tatsächlich ist die Diskussion um die Reform der vorschulischen Erziehung deshalb so problematisch und schwer zu entscheiden, weil sich juristisch gesehen zwei Kompetenzbereiche berühren (H. Hecker, Vorverlegung des Schuleintrittsalters und Ausbau der vorschulischen Erziehung in rechtlicher Sicht. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 17. Jhg., Heft 9, 1969): für die Schule und damit das Schulrecht ist die Landesgesetzgebung zuständig, für das Kindergartenwesen das Jugendwohlfahrtsrecht, das in den Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes fällt. Die Jugendbehörden kommen aufgrund § 2 des JWG nur so weit zum Zuge, als „nicht gesetzlich die Zuständigkeit . . . der Schule gegeben ist“. D. h., die Schulgesetzgebung kann den Spielraum der Jugendwohlfahrt jederzeit einengen oder ausweiten. Aus dieser Tatsache heraus ist erklärlich, daß die Einrichtungen der Jugendhilfe sich gegen den „Zugriff“ der Schule wehren, da sie mit Recht die Einschränkung ihres Kompetenzbereiches fürchten. Denn es herrscht die weitverbreitete Meinung vor, daß die Forderungen nach qualitativer und quantitativer Verbesserung

des Kindergartens besser erfüllt werden könnten, „wenn der Bereich der vorschulischen Erziehung sich — wie das Schulwesen — im wesentlichen in öffentlicher Hand befände“ (H. Hecker, S. 258). Psychologisch wäre allerdings eine Einordnung der vorschulischen Instanzen in den schulischen Bereich ungünstig. Es hat sich nämlich gezeigt, daß einzelne Ressorts zur Zusammenarbeit weniger bereit sind als voneinander unabhängige Institutionen.

Es ist zu hoffen, daß die notwendige Reform der Vorschule — nicht durch Kompetenzstreitigkeiten verzögert und erschwert wird, denn die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer solchen Reform bestreitet niemand von den Beteiligten. Es bestreitet auch niemand, daß eine solche Reform nur im Zusammenhang mit der ebenfalls notwendigen und dringlichen Reform der Grundschule in Angriff genommen und durchgeführt werden kann. Von der Grundschule her ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in bedeutendem Maße gegeben, wie z. B. der Grundschulkongress in Frankfurt/Main (vgl. Herder-Korrespondenz, 23. Jhg., S. 550) zeigte, der sich in vielen seiner Beiträge mit Problemen der vorschulischen Erziehung und ihrer Integration in die Grundschulreform befaßte.

## Die deutsche Wählerschaft vor und nach dem Regierungswechsel

Nach zwanzig Jahren erfolgte in der Bundesrepublik ein *politischer Wechsel*, den viele nicht für möglich, sehr viele aber für nötig hielten. Nach harten Auseinandersetzungen um die Aufgaben und Führung in den siebziger Jahren, nach Kämpfen mit Worten, Erfolgen, Zahlen und Emotionen steht nun fest, daß „neue Leute mit neuen Ideen“, daß „die richtigen Männer“ zusammen mit den „Partnern für den Fortschritt“ „Deutschland verändern“ und „ein modernes Deutschland schaffen“ wollen und vorläufig die Macht dazu haben.

Am Anfang dieses neuen Jahrzehnts, des dritten der Bundesrepublik Deutschland, gibt es nicht nur zum ersten Male eine SPD/FDP-Bundesregierung, sondern auch neben fast monotonen Lobeshymnen und Vorschußlorbeeren im größten Teil der Presse für die neue Koalition *neue Selbsteinschätzungen*. Diese sind angesichts jahrzehntelangen Bemühens der SPD um die Regierungsverantwortung und angesichts fast ebensolanger Bemühungen um einen *Abbau von Vorurteilen* durchaus verständlich, sie belasten jedoch den Start von Anfang an mit neuen Verdächtigungen und Zweifeln, ja leider auch mit neuen Vorurteilen — diesmal gegenüber der CDU. Im Rahmen der Pflege des mühsam errungenen neuen Image mögen Aussagen wie die vom „Machtwechsel“ oder die aus der Regierungserklärung von Willy Brandt „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an“ sinnvoll erscheinen. Solange aber nicht wirkliche Erfolge und grundlegende Änderungen aufzuweisen und zu erkennen sind, muß es sich die SPD gefallen lassen, daß man derlei Aussprüche mit Skepsis aufnimmt und sie zunächst jener Ansammlung von Mythen zuordnet, die zusammen in den letzten Jahren „SPD“ und „Fortschritt“ beinahe identisch erscheinen ließen. Verstärkt wurde diese Blickrichtung allerdings auch durch eine nachträglich als verfehlt oder zumindest gefährlich erkannte Eigendarstellung der CDU als bewahrende Kraft. „Den zwanzig Jahren Bundesrepublik, in denen viel Selbstherrlichkeit geherrscht und sich eingenistet hat,

können nun vier Jahre des Aufarbeitens und der nüchternen Orientierung folgen“, schrieb *Herbert Wehner* (Die Neue Gesellschaft, September/Oktober 1969, S. 414). Wer möchte dieser Prognose nicht zustimmen? Die aus der SPD aber gleichzeitig auftauchenden Phrasen, erst jetzt sei „Hitler endgültig besiegt“ und erst jetzt sei „Deutschland mündig geworden“, lassen leider eine *neue Selbstherrlichkeit* befürchten.

### Der Weg der SPD zur Volkspartei

Wenn es der SPD genau zehn Jahre nach dem „Godesberger Programm“ gelang, „die ‚Schallmauer‘ der 40 Prozent“ zu durchstoßen, so ist dies zunächst ein anerkannter Erfolg, der ehrlich erkämpft wurde und zudem die Zielstrebigkeit und Taktik Herbert Wehners in vollem Umfang bestätigt. Durch die Öffnung zur *Volkspartei* unter gleichzeitigem Abwurf von ideologischem Ballast und durch die Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition versuchte die SPD allmählich auch die ihr in großem Umfang noch fehlenden Wählerschichten der Frauen, der Katholiken und der Vertriebenen anzusprechen und zu erreichen.

Diese bisher wichtigen Stützen der CDU zeigten sich dann auch 1969 in verstärktem Maße bereit, der SPD ihr Vertrauen zu schenken. Nur dieser Einbruch in neue Wählergruppen konnte die Erfolgchancen der SPD vergrößern. Daß sich damit gleichzeitig die Chancengleichheit für die beiden großen Parteien verbessert hat, ist ein über den Rahmen des errungenen SPD-Erfolges hinausgehendes Ereignis, mit dem eine entscheidende Wende in der deutschen Politik eingetreten ist. „Damit ist die These von der geborenen *Minoritätenpartei* widerlegt . . . Für die deutsche Demokratie ist . . . wesentlich, daß die bis Anfang der sechziger Jahre zu beobachtende und auch in den letzten Jahren noch vielfach behauptete Asymmetrie des Parteiensystems zu Ungunsten der SPD nicht mehr besteht“ („Rheinischer Merkur“, 7. 11. 1969).

Zwar liegen endgültige und in Einzelheiten gehende Analysen des Wählerverhaltens noch nicht vor, doch lassen die vorhandenen Unterlagen bereits den Schluß zu, daß die SPD unter den *Frauen* und *Katholiken* viele neue Anhänger finden konnte, während ihre Bemühungen um die Vertriebenen nicht ganz so erfolgreich verliefen. Schon 1966 hatte Wehner in einem Gespräch mit *G. Gaus* die Frage: „Wo ist nach Ihrer Vorstellung das Reservoir, das vorerst für die SPD noch unausgeschöpft geblieben ist?“, beantwortet: „Frauen, Frauen und nochmals Frauen“ (*G. Gaus*, Staatserhaltende Opposition oder hat die SPD kapituliert? — Gespräche mit Herbert Wehner, rororo aktuell 942, Hamburg 1966, S. 48). Von den 38,6 Millionen Stimmberechtigten im Jahre 1969 waren 21,1 Millionen Frauen. Nach allen früheren Untersuchungen hatte die CDU unter den Frauen einen wichtigen Bestand an Stammwählern aufzuweisen. Über die Beweggründe für dieses Verhalten gibt es die verschiedensten Spekulationen. Unbedingt berücksichtigt werden muß der *soziale Hintergrund*. Denn es wählten die Frauen bisher nicht deshalb in so großem Umfang die CDU, nur weil sie eben Frauen waren, sondern weil sie durch vielfältige Bindungen und Traditionen in einem ganz bestimmten Sinne mehr oder weniger fixiert waren. Die SPD ging deshalb bei ihrem Werben um die Frauen auch vielseitig vor. Sie stellte nicht nur typische Frauenprobleme in den Vordergrund, sondern präsentierte zumindest mit einigen sehr ideenreichen Kandidatinnen auch aktiv in der Politik tätige Frauen. Gerade diese „Einzelkämpferinnen“ hatten beachtliche Erfolge aufzuweisen.

### *Die umworbene weibliche Wählerschaft*

Es ist eigentlich natürlich, daß sich Frauenzeitschriften wie „Brigitte“ und „Constanze“ auch mit dem Problem der Wahlentscheidung der Frauen beschäftigten, eine Titelgeschichte des „Spiegels“ und mehrfache Aufrufe im „Stern“ („Diese Wahl muß zeigen, daß wir Frauen es satt haben, als die dümmen Menschen zu gelten“ — „Wenn in den deutschen Wahlen von 1969 eine Überraschung stecken sollte, dann kommt sie von den Frauen“) gingen bereits gezielter vor. Man versuchte, den Frauen klarzumachen, bisher hätten sie ja nur nach den „treuen Augen“ des Kandidaten gesehen, anstatt sich daran zu orientieren, ob die jeweilige Partei sich für die Frauen im modernen Arbeitsprozeß oder für die gleichen Bildungschancen der Kinder einsetze.

Die *Pflege des Klischees* wurde erneut belebt, indem man „ungebildete, fromme Frau“ mit CDU und „intelligente, emanzipierte Frau“ mit SPD gleichsetzte. Statistiken mögen manche Einzelheiten dieses Bildes stützen. Insgesamt gesehen bedarf es einer Korrektur, wenigstens aber einer Differenzierung nach Alter und Wohnort. Galt dies vor der Wahl schon, so um so mehr noch nach der Wahl. „Diese Wahl sollte Männer wie ihn (Kiesinger) endlich lehren, daß Frauen und Kinder nicht mehr mit goldenen Bildungszitaten und Bibelworten klein und kirre gehalten werden können“, hieß es im „Stern“ (25. 9. 69), nachdem bereits *Heinrich Böll* mit seinem „Offenen Brief an eine deutsche Frau“ (Die Zeit, 25. 7. 69) hervorgetreten war. In beiden Fällen sorgte man sich um die „katholische deutsche Frau“. Böll fand es „zwar nicht gerade diskriminierend . . ., aber doch sehr, sehr ärgerlich: daß die Frauen es sind — und ausgerechnet katholische! —, die das wahre Korsett der CDU/CSU bilden“. Da von 100

Stammwählern der CDU/CSU mehr als 60 Prozent Frauen und ebenfalls mehr als 60 Prozent katholisch sein sollen, hielt Böll es für nötig, die Frauen zwar nicht „aus der religiösen Kategorie ‚katholische Frau‘ herauszubrechen“, sie jedoch „aus der Ihrer unwürdigen Position zu befreien, ‚Stimmvieh‘ für die CDU/CSU zu sein“. Schließlich führte er diese Entwicklung darauf zurück, daß „der große deutsche Nachkriegstrick der CDU, unterstützt durch zahllose Hirtenschreiben und Hirtenworte“, darin bestanden habe, „ein riesiges politisches Potential, Ihre, der katholischen Frauen Wählerstimmen auf dem Umweg über den Mißbrauch der Religion umzufälschen“.

Diese Art von politisch-literarischer *Überredung* und der damit bei Böll verbundene Appell an die Frauen, endlich Sympathien erotischer Art von der Politik zu trennen, entbehren ebenso sachlicher Orientierung wie im Falle der so sehr kritisierten CDU. Wo bleiben beispielsweise diese mahnenden Stimmen bei den Kommunalwahlkämpfen in den Städten, in denen die SPD seit mehr als zwanzig Jahren die absolute Mehrheit hat, oder dort, wo populäre Oberbürgermeister wie in Köln und München „gepflegt“ werden? Im Zeitalter der Massenkommunikation, in einer Zeit, die bereits „Tele-kratie“-Jahrhundert genannt wurde, lassen sich Motive dieser Art nun einmal nicht mehr ganz ausschalten. Es erscheint aber geradezu lächerlich, dies nur einer Partei zum Vorwurf zu machen. Ob in „Jasmin“ oder „Stern“, ob mit Willy Brandt oder Karl Schiller — die SPD nutzte in dieser Hinsicht ihre Möglichkeiten genauso, ja eigentlich mehr als die CDU. Doch wer wollte ihr daraus einen Vorwurf machen?

Auch das Werben der SPD um „die katholische Frau“ und um die Katholiken im allgemeinen, das seit langer Zeit offener, konsequenter und glaubwürdiger betrieben wird, als es Böll und Frau Sibylle vom „Stern“ je versuchten, muß in die Reihe der durchaus legitimen Bemühungen einer zur Volkspartei aufgestiegenen Bewegung gezählt werden. Daß ein bloßes Bemühen um die Frauen in ihrer Eigenschaft als Frauen nicht genüge, wußte auch die SPD. Ihre jahrelangen Anstrengungen, die sozialdemokratische Partei auch für die Katholiken als wählbare Alternative aufzuzeigen, dürfte unbedingt als „flankierende Maßnahme“ zu betrachten sein. Man kann wohl mit Recht behaupten, daß der Protestant Herbert Wehner und der Katholik Georg Leber als die beiden Hauptrepräsentanten der SPD für diese Öffnung zu den Kirchen, für Kontakte und Gespräche, für eine Annäherung und Anerkennung zu betrachten sind. Insofern stellt ihr Besuch im Vatikan Ende November 1969 neben tagespolitischen Beweggründen einen vorläufigen Abschluß ihrer mehr als zehnjährigen zähen Arbeit in dieser Richtung dar. Es war gewiß keine „Dankwallfahrt“ und wohl auch kein zusätzlicher Versuch, die noch SPD-resistenten Katholiken zu ködern.

### *Abbau von Vorurteilen*

Aus allen Interviews und Veröffentlichungen Herbert Wehners der vergangenen Jahre läßt sich Bitterkeit über die Entfremdung mit den Kirchen und Entschlossenheit zu einer Änderung dieser Belastung ablesen. Wehner ist ehrlich genug, die Gründe für eine solche Entfremdung in der Vergangenheit auf beiden Seiten zu sehen. Aus der Geschichte der SPD lassen sich kämpferische Motive gegen die Kirchen ebensowenig löschen wie Mißverständnisse und Frontstellung gegenüber der Sozialdemokratie aus

den Annalen der Kirchen. Mag manches davon in der Nachkriegszeit auch gemildert worden sein, bis 1959 war von einer großen Veränderung dennoch nichts zu erkennen. Wehner zitiert gern aus den Aufzeichnungen von Kurt Schumacher, die dieser kurz vor seinem Tod niederschrieb: „Die schwerste Versündigung am deutschen Volk ist nicht von der alliierten Seite selbst, sondern von den Parteien der heutigen Regierung erfolgt, als sie die Formel aufstellten: ‚Christentum oder Marxismus‘, nach der das eine das andere ausschließen soll. Das ist die Zerreißung auch des Volkes der Bundesrepublik in zwei Teile. Es ist unmöglich, daß der eine Teil bestimmt, wer Christ und was unter Marxismus zu verstehen ist.“ Wehner möchte diesen Vorwurf im Zusammenhang mit einem Ausspruch Schumachers aus dem Jahre 1946 sehen, mit dem er bereits allen den Zugang zur SPD zu ebnen versuchte: „Es ist gleichgültig, ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalysen, ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist. Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Begründung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei“ (zit. nach G. Gaus, a. a. O., S. 14 ff.).

### *Die Christen und die CDU*

Solange aber die SPD z. B. im Bereich der Kommunalpolitik *kirchlichen Initiativen* nur wenig Unterstützung gewährte oder sie offen oder versteckt behinderte, solange in ihren eigenen Reihen starre Fronten gegen alles „Schwarze“ bestanden, solange eine Ideologie vorherrschte, die für sehr viele noch in allzu naher Beziehung zum *Atheismus* stand, mußten solche Anbiederungsversuche ohne großes Echo bleiben. Natürlich darf auch nicht verschwiegen werden, daß eine Einschüchterung von offiziellen kirchlichen Stellen die Konfrontation noch verstärkte. Daß dieser Bann mittlerweile größtenteils durchbrochen ist, kann man wohl auf verschiedene Ursprünge zurückführen, Ursprünge innerhalb der SPD und innerhalb — besonders — der katholischen Kirche. Interessanterweise stehen die Katholiken an erster Stelle bei den Aktivitäten der SPD bezüglich der Kirchen, obwohl doch die CDU „als wirksame politische Verbindung evangelischer und katholischer Christen“, wie es in einer CDU-Broschüre von 1967 hieß, potentielle „Überläufer“ beider Konfessionen umfaßt. Dies mag daran liegen, daß es in der CDU trotz ihres großen Verdienstes um die Überwindung konfessioneller Differenzen im Bereich der Parteiarbeit und Politik von Anfang an ein katholisches Übergewicht gegeben hat, was man nicht zuletzt aus der Existenz eines „Evangelischen Arbeitskreises“ innerhalb der Partei ersehen kann. 1967 sollen von den Mitgliedern 60% katholischen und 40% evangelischen Glaubens gewesen sein. Nach einer genaueren Untersuchung vom 30. September 1968 hatte die CDU bei einem evangelischen Bevölkerungsanteil von 56,2% jedoch nur 22,6% evangelische, bei einem katholischen Bevölkerungsanteil von 38,4% dagegen 73,54% katholische Mitglieder. Professor H. Gollwitzer (Münster) glaubt, diese Entwicklung sei damit zu begründen, daß sich „bei der praktischen Arbeit . . . die konfessionellen Unterschiede als unerwartet trennend“ herausstellten, „so daß heute ein Teil der Protestanten der CDU fernsteht, ohne daß es ihm gelänge wäre, einen eigenen festen Standort zu finden“ („Neue Zürcher Zeitung“, 6. 11. 1969). Heute glaubt er dagegen

einen „*politischen Protestantismus* mit einem deutlichen Zug nach links“ zu erkennen, bei dem „die virulente Ablehnung dessen, was an ‚Thron und Altar‘ erinnert“, ebenso auffällig ist wie ein Desinteresse an Kontakten mit Rom. Der viel stärker als in der katholischen Kirche zutage tretende Prozeß einer *Polarisierung in Gruppen* wie „Notgemeinschaft evangelischer Deutscher“ und DFU- oder ADF-Unterstützer hat nicht nur eine augenfällige Zusammenfassung des Großteils der Protestanten in einer Partei verhindert, sondern erschwerte es der SPD nun auch, die Protestanten insgesamt anzusprechen. Im Hinblick auf die Bemühungen der SPD um die Katholiken kommt der weit rechts stehende Publizist H.-G. von Studnitz (in: Ist Gott Mitläufer? — Die Politisierung der evangelischen Kirche, Seewald-Verlag, Stuttgart 1969, S. 74) noch zu einer anderen Pauschalbeurteilung: „Die Symptome dieser Annäherung sind bedeutsam. Sie zeigen, daß die katholische Kirche von der SPD ernstgenommen und umworben wird, weil sie eine konservative Macht darstellt. Die evangelische Kirche dagegen, die sich ihrer Aufgabe als Bewahrer in der menschlichen Ordnung mehr und mehr entfremdet, dem Sozialismus und der Revolution alle möglichen Liebesdienste zu erweisen sucht, verliert auch in den Augen der Sozialdemokratie an Ansehen.“

### *Die langfristige Wählerstrategie der SPD*

Die Kontakte mit katholischen Stellen begannen bereits vor Verabschiedung des Godesberger Programms am 15. November 1959. Die SPD ging dabei nicht den Weg, den einzelnen Katholiken anzusprechen, sondern war bemüht, über eine Anerkennung als Gesprächspartner und gleichwertige politische Kraft auf höherer politischer Ebene die bestehenden Hemmungen gegenüber der Sozialdemokratie abzubauen. Nachdem man mit den Äußerungen von Kurt Schumacher auf so wenig Gegenliebe bei den Katholiken gestoßen war, bemühte man sich 1954 auf dem Berliner Parteitag zunächst noch einmal im Rahmen eines geänderten Aktionsprogramms die Position gegenüber den Christen zu klären: „Die sozialistischen Ideen sind keine Ersatzreligion. Die sozialistische Bewegung stellt sich nicht die Aufgaben einer Religionsgemeinschaft. In Europa sind Christentum, Humanismus und klassische Philosophie geistige und sittliche Wurzeln des sozialistischen Gedankengutes. Die Sozialdemokratie begrüßt die wachsende Erkenntnis vieler Christen, daß das Evangelium eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft einschließt.“ Trotz des geringen Echos ließen sich damals die beiden Vorkämpfer für eine Aufweichung der Fronten, SPD-Vorstandsmitglied Willi Eichler und der stellvertretende Vorsitzende Waldemar von Knoeringen, nicht entmutigen. Wie W. Kreiterling in der soeben erschienenen interessanten Abhandlung „Kirche — Katholizismus — Sozialdemokratie / Von der Gegnerschaft zur Partnerschaft“ (Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1969, S. 22 ff.) erklärt, war grundlegend für alle weiteren Auseinandersetzungen . . . das Gespräch zwischen Vertretern der katholischen Sozialwissenschaft und des deutschen Katholizismus auf der einen und führenden sozialdemokratischen Politikern auf der anderen Seite, das die Katholische Akademie in Bayern im Januar 1958 in München veranstaltete. Zwar konnte damals noch keineswegs Einigkeit in allen Punkten bzw. unter allen Teilnehmern erreicht werden. Doch

war es immerhin die erste Gelegenheit, um ins Gespräch zu kommen, um die Standpunkte zu klären bzw. darzulegen.

Die *weiteren Etappen* können hier nur angedeutet werden, sind aber jede für sich unbedingt notwendig und als Stufe zur heutigen Situation zu betrachten. Die Gespräche in München hatten deutlich gemacht, „wo die hauptsächlichen Meinungsverschiedenheiten vor allen Dingen mit den ‚härteren‘ Vertretern der katholischen Soziallehre lagen: im Verständnis von Staat und Demokratie“ (a. a. O., S. 25/26). Bis dahin hatten sich Vertreter *katholischer Verbände* und die CDU noch stark hinter der Enzyklika „*Quadragesimo anno*“ mit ihrer Verurteilung jeglicher Art von Sozialismus verschanzt. 1958 stand Prof. O. v. Nell-Breuning noch fast allein, als er sich bemühte, darzulegen, die Enzyklika meine nur einen auf die bestimmte utilitaristische Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung verpflichtete Gruppe von Sozialisten, während alle anderen davon auszunehmen seien, ja im Grunde überhaupt nicht als „wirkliche Sozialisten“ zu betrachten seien. Damit aber geriet ein wichtiges Anti-SPD-Argument ins Wanken. Schienen bis dahin die christlichen Demokraten eine Enzyklika für sich gepachtet und als Beleg parat zu haben, so zeigte sich im Zusammenhang mit innerkirchlichen Entwicklungen allmählich, daß die SPD nun ebenfalls kirchliche Bestätigung zu finden glaubte, und zwar besonders für ihr Verständnis von Staat und Demokratie.

### *Entwicklung auf Gegenseitigkeit*

Das *Godesberger Programm* der SPD, das nicht nur vielen Genossen alter Schule mißfiel, sondern auch außerhalb der SPD vielfach nur als Pragmatismus und Köder betrachtet wurde, hatte zunächst noch nicht die Durchschlagkraft, die sich die SPD erhofft hatte. Obwohl man sich bemühte, darin alle Gegensätze zum Christentum auszuschalten und besonders die „Grundwerte des Sozialismus“ so zu definieren, daß auch der letzte Zweifel ausgeräumt wurde, blieb die Skepsis groß. „Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden — nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen hat.“ Dieses Angebot des Programms allein — ohne die Enzykliken von Johannes XXIII. („*Mater et magistra*“ und „*Pacem in terris*“) und ohne die wichtigen Konzilsdekrete über die Religionsfreiheit und die Kirche in der Welt von heute — hätte vermutlich auch noch nicht ausgereicht, um einen stärkeren Bewußtseinswandel herbeizuführen. „Die deutschen Sozialdemokraten haben den Prozeß des ‚aggiornamento‘ der katholischen Kirche mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Sie konnten eine zunehmende Annäherung der gegenseitigen Positionen feststellen. In den Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung war eine weitgehende Übereinstimmung erzielt“ (*Kreiterling*, a. a. O., S. 51). Man sah sich auch durch Aufforderungen zum Dialog und zur Partnerschaft mit allen Menschen bestätigt. In vielen Diskussionen und ebenso zahlreichen Publikationen begann man verstärkt die Übereinstimmung zwischen Godesberger Programm und den Enzykliken und

Konzilsergebnissen herauszustellen. 1959 war es die Broschüre „*Der Katholik und die SPD*“, 1962 und in einer weiteren Auflage 1965 die Schrift „*Katholik und Godesberger Programm*“. Übereinstimmend wird darin auf die fast *gleichzeitige Öffnung* der SPD und der katholischen Kirche hingewiesen. In Einzelheiten geht man dann auf Annäherungen bzw. bereits vorhandene Übereinstimmungen im Gesellschaftsverständnis der Sozialdemokratie und der katholischen Soziallehre ein. Eine wichtige äußere Bestätigung des Kurses waren der Besuch von *Fritz Erler* und führenden Sozialdemokraten am 5. März 1964 in Rom mit einer Audienz beim Papst. Mit dem Abbau auch des letzten noch großen Hindernisses, nämlich der Schulfrage, war eigentlich endgültig die Hürde der Trennung von SPD und Kirchen genommen. Eine Position der Kirchen und der CDU nach der anderen fiel, so daß heute auf diesem Gebiet *kaum noch unüberwindliche Hindernisse* zu verzeichnen sind. Es mutet fast grotesk an, läßt sich aber nach einem Überblick dieser Art kaum noch von der Hand weisen: Die SPD hat seit 1959 nicht nur ihr eigenes Programm geändert, entschlackt, entideologisiert, sondern auch auf dem Gebiet konfessioneller Fragen und Probleme überall dort besonders Fuß gefaßt, eingehakt und Erfolg gehabt, wo die CDU auf Grund innerkirchlicher Neuorientierung an Boden verlor.

### *Wehner und die Geistlichkeit*

Vor den letzten Bundestagswahlen startete die SPD deshalb mehrere gezielte Kampagnen zur Vergrößerung ihres Wählerstammes. In einem *Brief an die katholischen und evangelischen Geistlichen* empfahl Herbert Wehner am 4. März 1968 die Lektüre der beigefügten Schrift „*Kirchen und Parteien*“ seines „Freundes und Kollegen *Georg Leber*“: „Es liegt mir sehr daran, Sie Einblick nehmen zu lassen in das Bemühen einer großen politischen Partei, sich selbst zum rechten Verständnis für das Verhältnis unserer Gesellschaft zu den christlichen Kirchen zu bringen und das politische Wirken in ein rechtes Verhältnis zum Auftrag der christlichen Kirchen zu entwickeln.“ Bundesverkehrsminister Georg Leber, Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, von der „*Frankfurter Allgemeinen Zeitung*“ (26. 3. 69) als „Renommierkatholik“ gerühmt, der „in einer ungebrochenen Biographie Katholik war und blieb“, baut seine Argumente dabei interessanterweise in Verbindung mit der Diskussion um das *Mehrheitswahlrecht* aus, da die Startchancen für die beiden großen Parteien vorher gleich sein müßten. Diese *Ausgangsbasis* sieht er gefährdet, „solange die Bürger, die sich ihren Kirchen verbunden fühlen, nicht frei und unbefangen zwischen den beiden großen Parteien entscheiden können“. Man solle nicht über das streiten, was früher einmal war, sondern das Neue sehen und anerkennen. Viel Kritik an der SPD entstehe „aus durchschaubaren parteitaktischen Überlegungen“. Allen, die die SPD als marxistisch abtun wollen, möchte er nur raten, „einmal darüber nachzudenken, wieviel Materialismus und entarteter Liberalismus sich unter der christlichen Firma CDU angesammelt hat und in welchem Verhältnis er zu dem Marxismus steht, der sich in der SPD in ein paar traditionellen Vorstellungen noch befinden mag“. Die sich daran anschließende *Korrespondenz* zwischen Geistlichen und dem SPD-Parteivorstand, am 23. November 1968 zusammen mit einem erneuten Schreiben von Herbert Wehner in einer hektographierten Samm-

lung an die Geistlichkeit gesandt, enthält eine Fülle von Hinweisen aus den verschiedensten Richtungen, wie man 1968 zur SPD eingestellt war, wo man Anknüpfungspunkte, wo man Hindernisse sah. Hier wurde auch deutlich, daß bei aller Bereitschaft zur Annäherung gerade auf der unteren Ebene durch das Verhalten örtlicher SPD-Funktionäre noch viele Schwierigkeiten zu beseitigen sind. Hier gilt wohl, was „Publik“ (28. 11. 69) so beschrieb: „Um diese Annäherung voranzutreiben, fehlen der SPD noch die vorzeigbaren Katholiken, vor allem in den Ländern und Städten. Ein Leber im Zentralkomitee der deutschen Katholiken oder ein aktiver Protestant Wehner, der Briefe an katholische Pfarrer schreibt, genügen noch nicht, um Katholiken nicht nur als Stimmbürger zu umwerben und z. T. auch zu gewinnen, sondern auch sie auf die Dauer an die Partei zu binden. Oben, unter SPD-Ministern und -Abgeordneten auf der einen Seite und Bischöfen und Prälaten auf der anderen, ist das Verhältnis zum Teil schon recht gut. Unten, wo sich Dorfpfarrer und gegen alles ‚Schwarze‘ allergische Genossen gegenüberstehen, gibt es noch viele sachliche und emotionelle Hindernisse.“

### *Bleibende Spannungen zur FDP*

Im März 1969 lud der SPD-Parteivorstand 30 katholische Publizisten zu einem Meinungsaustausch ein. Bei dieser Gelegenheit tat Wehner die von der FDP vorgeschlagene *Trennung von Kirche und Staat* als „romantisch“ ab (vgl. „Süddeutsche Zeitung“, 26. 3. 69). So blieb es nicht verwunderlich, daß die FDP, der heutige Koalitionspartner der SPD, als einzige Partei *konfessionellen Zündstoff* in den Wahlkampf hineinbrachte, als sie kurz vor Toresschluß ein Wahlinserat herausbrachte mit dem Text: „Die F.D.P. ist für den Staat, für die Kirche, aber gegen die staatliche Kirchensteuer. Als einzige Partei sagt die F.D.P.: Der Staat muß frei sein von kirchlichem Einfluß, die Kirche frei von staatlichem Einfluß. Deshalb fort mit der staatlichen Kirchensteuer. Besser: ein kircheneigenes Abgabesystem.“ Die FDP hoffte damit offenbar, Stimmen links zu gewinnen und rechts (bei den Deutschnationalen und Altliberalen) zu erhalten. Wie sehr sie damit auf eine gemeinsame Front stieß, zeigten die unmittelbaren Reaktionen: Von der EKD über einzelne Kirchenleitungen bis zur Deutschen Bischofskonferenz, der KAB und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken wurde ihr widersprochen. In unsachlicher Weise sei das Problem Kirchensteuer mit Hilfe der unwahren Behauptung einer „staatlichen“ Kirchensteuer in den Wahlkampf gezogen worden. Man müsse sich „entschieden dagegen wehren, daß unter dem Schlagwort der Freiheit die Aufhebung aller Formen der Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat im Dienste am Menschen und an der Gesellschaft zum Wahlkampfziel erklärt wird“, schrieben die Bischöfe. Das Zentralkomitee sprach von dieser Kampagne als von einer „Verspätungserscheinung des weltanschaulichen Liberalismus des 19. Jahrhunderts“. Im übrigen distanzierte sich auch der FDP-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg von dem Inserat. *Willy Brandt*, nach der Wahl auf das Inserat des Koalitionspartners angesprochen, erklärte: „Ja, zum Ausgleich habe ich Herrn *Genscher* gebeten, das Kirchenreferat im Innenministerium zu behalten . . . Wissen Sie, die FDP-Wahlwerber waren da schlecht beraten. Sie haben Vorurteile mobilisiert statt sie abzubauen. Die SPD hat sich das ab-

gewöhnt, und die FDP hat übersehen, wie ernst über diese Frage innerhalb der beiden Kirchen beraten wird. Das sollten wir auf jeden Fall abwarten und der Kirche vom Staat her keine Lösung aufzwingen“ („Stern“, 2. 11. 69).

Wie schwer sich die FDP im Gegensatz zur SPD noch tut, die Kirchen objektiver zu beurteilen, macht eine Durchsicht ihres Pressedienstes „Freie Demokratische Korrespondenz“ deutlich. Während das *Lehrschreiben der deutschen Bischöfe* über „Die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft“ bei der CDU und der SPD Zustimmung erhielt, glaubte die FDP es ironisch mit dem Märchen von des Kaisers neuen Kleidern vergleichen zu müssen. Der Staat bleibe „für die katholischen Bischöfe, was er im Selbstverständnis ihrer Bischöfe immer gewesen ist: obrigkeitliche Gewalt und als solche Dienerin Gottes . . . Die liberale Auffassung, daß der Staat im Grunde eine ganz nüchterne soziale Apparatur zur Wahrung der Interessen seiner Bürger zu sein hat und ist, ist immer noch des Teufels“ (30. 5. 66). In einem „Synode und Gegensynode — Der Zwiespalt zwischen statischer und mobiler Gesellschaft“ überschriebenen Beitrag schließlich finden sich die Sätze: „Statische Reste in Deutschland: ländliche Gebiete, Hausfrauen, alte Leute sind derzeit das Residuum der Kirche bei uns. Die aktiv im Gestaltungsprozeß unserer Gesellschaft Stehenden distanzieren sich — zumeist wohl ohne Reflexion auf tieferliegende Gründe — von der Kirche. Auch hier wird mehr und mehr Rückschritt der Kirche zu verzeichnen sein. Unsere Gesellschaft ist gekennzeichnet von einer umfassenden Interdependenz . . . Darum schaut die F.D.P. mit großem Interesse und mit vielen Hoffnungen auf jene Kräfte, die — wie im Moment die ‚Gegensynode‘ in Rom — für eine Dynamisierung der Kirche eintreten. Bensberger Kreis, Gesellschaft für Kirche und Demokratie, Paulusgesellschaft und viele andere Zusammenschlüsse progressiver Katholiken wirken eben nicht nur für die Erneuerung der Kirche, sondern zugleich — wenn vielleicht auch indirekt — für die Umgestaltung der politischen Möglichkeiten.“ Die SPD, die bisher den Weg über die offizielle Kirche genommen hat, sieht sich inzwischen ebenfalls mit dem Problem konfrontiert, wie sie der zunehmenden Differenzierung, den *neuen Gruppierungen* begegnen soll. Diese Gruppen, die vielfach innerkirchliche Demokratisierung fordern und die Hierarchie in vielen Punkten attackieren, versuchen die SPD für ihre eigenen Absichten zu gewinnen bzw. verurteilen sie wegen ihres Weges auf oberer Ebene. Hier wird es in Zukunft wahrscheinlich neue Reibungspunkte geben. Der Unterschied zur FDP jedenfalls ist offensichtlich. Die CDU dagegen scheint solche Probleme kaum laut zu diskutieren. Sie will anscheinend Anhänger beider Richtungen in sich vereinen.

### *Ideologischer Nachholbedarf?*

Ganz scheint man allerdings auf SPD-Seite die Klischees auch nicht abgebaut zu haben. Der ohnehin viel zu vereinfachende, zu weitgehende und die Macht der Presse überschätzende Vorwurf von *H. Kornetzki* beispielsweise, mit Hilfe der katholischen Presse sei „es der CDU/CSU gelungen, die maßgebliche Macht im Staate seit 20 Jahren innezuhaben und bis zur Großen Koalition die Sozialdemokraten vom Regieren fernzuhalten“ (Kritischer Katholizismus, Fischer-Bücherei 1015, 1969, S. 105), dürfte inzwischen noch mehr an Bedeutung verloren ha-

ben. Geplagt vom *Komplex* der ständigen Benachteiligung, stürzt man sich immer noch allzu gerne auf katholische „Rechtsblätter“ und übersieht geflissentlich neutrale oder Linkstendenzen in anderen kirchlichen Publikationen. Damit macht man einmal mehr deutlich, daß man sowohl das gewohnte *Klischee* so lange wie möglich als Alibi hegen möchte als auch mit einem innerkirchlichen Pluralismus noch nicht recht befreundet ist. Immerhin ist es seltsam, daß derselbe Autor, der in der SPD-Wochenzeitung „Vorwärts“ (16. 10. 1969) zu dem überraschenden Ergebnis kommt, die kirchliche Presse habe den Regierungswechsel zum Anlaß genommen, der „gottgewollten Kanzlerpartei“ gehörig die Leviten zu lesen, in der liberalen „Zeit“ (21. 11. 1969) diesen Trend verschweigt und nur von „Attacken katholischer Blätter gegen die neue Regierung“ zu berichten weiß. In der Zwischenzeit hatte es eben in Bonn Ereignisse gegeben (z. B. Beamtenentlassungen bzw. -versetzungen), die auch in der nichtkirchlichen Presse z. T. scharfe Reaktionen hervorriefen. Die Ansicht einiger CDU/CSU-Funktionäre, sie hätten einen Anspruch auf Berücksichtigung ihrer Meinung und Politik in der Kirchenpresse dürfte endgültig überholt sein — ebenso aber hoffentlich auch die empfindliche Reaktion der anderen Seite, die in jeder Kritik an SPD und Regierung gleich wieder „Katholiken-Schreck“-Versuche wittert. Will man jetzt wirklich in einer Art *Nachholbedarf* einen neuen Pendelschlag und eine „SPD-Kirchenpresse“?

Diese *Schizophrenie* machte sich auch teilweise im Wahlkampf bemerkbar, indem man nach jahrelangen Attacken gegen kirchenoffizielle Wahlbevormundung nun besonders auf SPD-Seite *Werbung mit Theologen* betrieb. Sind zufällig entstandene Fotos von prominenten SPD-Politikern oder -Kandidaten im Gespräch oder in einer Runde mit kirchlichen Würdenträgern schon seit einiger Zeit Werbemittel in Kommunal- und Landtagswahlbroschüren, so unterstützten diesmal Wählerinitiativen unter Voranstellung und Titelnennung von theologischen Autoritäten wie der Professoren *Lengsfeld* und *Vorgriemer* den Wahlkampf der SPD. „Christ sein — und SPD wählen, wieso eigentlich nicht?“ fragte *D. E. Wilm*, bis 1968 Präses der evangelischen Kirche in Westfalen, im Rahmen der Anzeigen-Aktion „Männer, die JA zur SPD sagen“. Man mag solche Werbung durch Kirchenmänner hinnehmen, wenn man dahinter das Bemühen sieht, endgültig die Wählbarkeit auch der SPD zu dokumentieren. Von nun an aber sollte die Enthaltensamkeit von bischöflicher Seite auf jeden Fall auch ein Ende der Beeinflussung durch andere kirchliche Stellen oder Autoritäten zur Folge haben. Die bisherige Unterstellung, die CDU/CSU sei ein „klerikaler“ Club, erscheint ohnehin, sieht man sich die Liste der Bundestagskandidaten 1969 an, längst überholt, nicht nur durch die CDU selbst, sondern in umgekehrter Richtung auch durch andere Gruppierungen. So kandidierten z. B. 25 evangelische Pfarrer, davon 17 für das linke ADF-Bündnis, 4 für die SPD, 2 für die CSU und je einer für FDP und NPD. Eingezogen in den Bundesrat sind die 4 SPD- und ein CSU-Kandidat.

### Was beweisen die Wahlanalysen?

Wenn man die Tendenz der vergangenen 20 Jahre, die angeführten gezielten Klimaverbesserungsversuche der SPD, den vielfältigen Einsatz freiwilliger katholischer Wahlhelfer für die SPD, die allzu konservative Wahlkampfführung der CDU und die „konzertierte Anti-

CDU-Kampagne“ („Politisches Nachtgebet“: „Wählen Sie irgendeine Partei, nur nicht CDU und NPD“; Der Spiegel: „Die Christen haben abgewirtschaftet“; Vorwärts: „Die C-Parteien“; Tagespresse: „Parteichristen und Christenpartei, der Katholische Kanzler-Wahlverein, Christenunion“, Tendenz: CDU absolut von gestern, bei erneutem Wahlsieg dieser „päpstlichen Garde“ Ende der Demokratie in Deutschland . . .) rückblickend betrachtet, so lohnt es sich, nach dem Erfolg dieser Strategie und dieser Auseinandersetzung zu sehen:

Zum ersten Male gab es *Wählerumschichtungen* großen Ausmaßes, die Gruppe der Stammwähler verringerte sich. Die verprellten CDU-Anhänger, denen der konservative Stil und die nicht genügend Sicherheit versprechende Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht behagte, wechselten größtenteils zur SPD über, während eine Reihe vom neuen Kurs der FDP enttäuschter Wähler teilweise die Verluste der CDU wieder ausglich. Aus verschiedenen *lokalen Analysen* läßt sich ablesen, daß der Wechsel zur SPD gerade von Katholiken vollzogen wurde, während die CDU aus den „Überläufern“ von der FDP starke evangelische Gruppen hinzugewann. Aufgeteilt nach Alters- und Geschlechtsgruppen zeigt sich, daß die Frauen ebenfalls stärker als bisher die SPD unterstützten, d. h. hauptsächlich in den jüngeren Altersgruppen. Nach Unterlagen des Infas-Instituts verteilen sich die Neugewinne der SPD zu einem Drittel auf ehemalige CDU-Wähler, zu 41% auf Erstwähler und zu 12% auf ehemalige FDP-Wähler. Laut Allensbach konnte die SPD unter den 21- bis 29-jährigen ihren Anteil um rund 10% erhöhen, unter den 30- bis 44-jährigen um knapp 9%, während die CDU ihre Position unter den 45- bis 59-jährigen sogar noch um 1,1% steigern konnte. Ob man den Trend zur SPD unter den Erstwählern und jüngeren Wählern auf eine Entfremdung von den Kirchen, auf eine Gleichgültigkeit oder gar Antipathie gegenüber allem, was sich christlich nennt, zurückführen kann, läßt sich schwer beweisen, allerdings vermuten. Auf einer Trotzreaktion gegenüber kirchlichen Neuerungen und vielleicht auf der gleichen Linie gesehene Anbiederungsversuchen der SPD könnte das Ergebnis beruhen, daß sich — laut Allensbach — der Anteil der „regelmäßig zur Kirche gehenden“ Frauen an der CDU-Wählerschaft 1969 gegenüber 1965 sogar noch von 80,8 auf 86,4% *gesteigert* habe. Evangelische Frauen dieser Einstufung dagegen sollen mit rund 10% Mehrstimmen der SPD rund 43% gebracht haben. Während besonders dieses Ergebnis Zweifel an Erfolgen der SPD in ihrem Werben um die katholischen Frauen wecken mußte, ergibt das *Gesamtergebnis* der Wahl doch ein anderes Bild. Danach erhielt die SPD zwar ihre stärksten Neugewinne im protestantischen Norddeutschland, konnte aber auch in bisherigen CDU-Hochburgen beachtliche Gewinne erzielen. In Städten mit hohem katholischem Bevölkerungsanteil (z. B. Köln und Münster) gelang ihr ein Gewinn bis zu 10%, während auf dem flachen Land die katholische Bevölkerung noch zaghafter mit ihrer Stimmabgabe für die SPD war.

### bleibt der Einfluß kirchlicher Bindung?

Immerhin macht eine Analyse des CDU-Landesverbandes Westfalen deutlich, daß in den Bundestagswahlkreisen mit mehr als 70% katholischer Bevölkerung die CDU Verluste von 4% hinnehmen mußte, während die SPD 4,6% hinzugewann. Eine entsprechende Analyse der

westfälischen Landkreise mit mehr als 70 % evangelischer Bevölkerung dagegen hat nur einen Verlust von 0,8 % für die CDU aufzuweisen, weil die FDP-Verluste von 3,7 % neben 2,8 % für die SPD wohl auch der CDU zufielen. Der CDU-Landesverband Rheinland meint, „bei einer Zerteilung des Bundesgebietes nach dem Stärkeverhältnis der Konfessionen ergibt sich ein CDU-Verlust von minus 2,5 % in den stärker katholischen Gebieten, dagegen nur ein Verlust von 0,5 % in den protestantischen Gebieten“. Es wird aber auch hier hinzugefügt, daß bei den *kirchlich gebundenen Wählern* die SPD keine nennenswerten Fortschritte erzielen konnte. Die katholischen Wähler mit kirchlicher Bindung sollen 22,5 % der Wähler ausmachen, von denen 1965 wie 1969 70 % der CDU und 16 % der SPD (1965: 13 %) ihre Stimme gaben. Bei den *kirchlich nicht gebundenen, katholischen Wählern* verliert nach Ansicht der CDU der Faktor „Christliche Orientierung“ für die Wahlentscheidung immer mehr an Bedeutung. Mehr und mehr prägen gesellschaftliche Faktoren das Verhalten dieser Wähler. So ist wohl auch der Verlust der CDU im Mittelstand und bei der Jugend zu verstehen. Die neuen katholischen SPD-Wähler haben also ihre Entscheidung wohl am wenigsten vom Gesichtspunkt ihres Katholikseins her gefällt, sondern aus beruflichen, rein politischen oder gesellschaftlichen Motiven heraus. Wahrscheinlich läßt sich von einer Wahlentscheidung der Katholiken überhaupt nicht sprechen, man muß immer die Entscheidung *des* (je einzelnen) Katholiken in seiner bestimmten Umgebung und Prägung sehen. Zwar läßt sich noch keineswegs von einer Normalisierung auf breiter Ebene sprechen, noch ist die CDU für viele Katholiken die Stammheimat — so wie nur die SPD und keine andere Partei für manchen Arbeiter und Intellektuellen in Frage kommt. Und doch ist mit dieser Wahl der Durchbruch gelungen, man kann wählen zwischen zwei Volksparteien. Weder Konfession noch Ideologie brauchen in Zukunft eine Barriere zu bilden. Herbert Wehner glaubt, das „so schmerzlich empfundene“ Mißverhältnis zu den Kirchen sei zum Glück überwunden und die „Grundlagen für ein gutes Verhältnis seien vorhanden und in vieler Hinsicht auch praktisch erprobt“.

Die SPD wird sich also weiterhin um ein gutes Einvernehmen mit den Kirchen bemühen müssen, um „am Ball zu bleiben“. Regierungsbildung und Regierungserklärung riefen allerdings bei vielen Katholiken zwiespältige Empfindungen hervor. Nicht nur „Publik“ (24. 10. 1969) bemerkte: „Der Konfessionsproporz (bei der Kabinettsbildung), hätte es ihn gegeben, würde die Bundesrepublik als

eine einzige katholische Diaspora widerspiegeln“, sondern von seiten der großen Jubler über die neue Regierung hieß es: „Mit dem Ende der Vorherrschaft der Unionsparteien ist auch das Ende der klerikal-abendländischen und bayrisch-rheinischen Koalition gekommen.“ Die neue Mannschaft sei „geprägt von preußischer, hanseatischer und sächsischer Mentalität. Sie ist überwiegend protestantisch, ohne sich damit in konfessionellen Zwang zu begeben“ („Frankfurter Rundschau“, 23. 10. 69). Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers bot zwar Gespräch und Partnerschaft mit den Kirchen an, für die im übrigen lobende Worte gefunden wurden, doch konnte der Oppositionssprecher doch gleich auf Widersprüche zwischen diesem Angebot und den Aussagen über die Familien- und Jugendpolitik hinweisen.

Man kann nur wünschen, daß jetzt allmählich in allen Fragen und bei der Beurteilung aller Parteien *Nüchternheit* eintritt. Die mühsam gefundene Chancengleichheit ginge nämlich wieder verloren, wenn man die eben losgewordene Diffamierung an der CDU fortsetzte. SPD als „Bekennnisbewegung“ (Wer rief nicht alles in die Welt hinaus, daß er diesmal SPD wählen werde, wer trug nicht alles den rosaroten Meinungsknopf?), das wäre vielleicht doch besser, wenn es nicht fortgesetzt wird. Wenn es wieder so weit käme, daß man nicht dokumentieren darf, CDU- oder CSU-Anhänger zu sein, dann ist dies ein böses Vorzeichen für neue Chancengleichheiten. Die CDU hat bereits zu erkennen gegeben, daß sie aus manchen Fehlern klug geworden ist, sie wird auch wissen, daß sie die fehlende automatische Unterstützung aus den kirchlichen, vor allem katholischen Milieus mehr als bisher durch eine überzeugende Sachpolitik ersetzen muß. Für die Kirchen und die Parteien ist der neue Entwicklungsstand zu begrüßen, zu feiern ist ein Wechsel erst, wenn er auch einen Rückschlag des Pendels wieder und wieder erlaubt. Will die CDU die integrierende Mitte behaupten, so wird sich die SPD ebenfalls in Zukunft mehr um diesen Kreis kümmern müssen. Die dann rechts und links freiwerdenden Kräfte bedürfen bereits heute vermehrter Aufmerksamkeit. Wie sich die heranwachsende Jugend verhalten wird, weiß noch kaum jemand. Während die Jungsozialisten soeben einen radikaleren Kurs weg vom „Godesberger Programm“ forderten, ergab eine Befragung unter Schülern, daß sich dort erneut starke Tendenzen zu „faschistoiden Ideen“ bemerkbar machen. Konfessionelle Fragen treten also wahrscheinlich zurück, wichtige politische Auseinandersetzungen dürften die Aufmerksamkeit aller beanspruchen.

## Kurzinformationen

Weniger pessimistisch und bekennd war diesmal die **traditionelle Ansprache Papst Pauls VI. an das Kardinalskollegium und die römische Prälatur** vom 15. Dezember 1969 („Osservatore Romano“, 15./16. 12. 69). Nur kurz streifte er seine Reisen nach Genf, nach Uganda, die außerordentliche römische Bischofssynode und die Meßreform (vgl. HK 23, 301, 400 477, 534, 572), um dann zu einer Interpretation der „Zeichen der Zeit“ überzugehen. Diese sei „schwierig“, da „positive“ (ein „dynamischeres Engagement der theologischen Forschung“, ein „verstärktes Bemühen um organische Gemeinschaftsbeziehungen“, ein „wachsendes Interesse an einer gemeinsam ausgeübten Religiosität“, ein „tieferes soziales Verantwortungsgefühl der Christen“) und „negative Phänomene“

zusammentreffen: „Erneuerungssucht einiger weniger“, ein „manchmal undifferenzierter Pluralismus der Ideen und Formen“, welche „die innere Harmonie der Einheit bedrohen“, eine „abnehmende persönliche Frömmigkeit“, ein Nachgeben gegenüber einer „Säkularisierungstendenz, welche alles zu entsakralisieren sucht“. Seine „großen Pflichten“ orientierte er wiederum an den „Übeln, Gefahren und Bedürfnissen“. Als spezifische Pflicht „unserer Zeit“ nannte der Papst die „Wachsamkeit“. Diese gelte vor allem „unserem vielgeliebten Klerus“, dessen „Mehrheit sich durch religiöse und moralische Tugenden“, durch „Hingabe an ihr Amt“, durch „überzeugte Treue zur Kirche“ auszeichne, der mehrheitlich „gut“, „fromm“, „treu“, „arbeitsam“, „selbstlos“ und „verständnisvoll“ sei. Jedoch be-